BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien *Nummer 72 / Jahr 7* *Wien, Juli 2021*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist*innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

June11: Solidarische Grüße aus Wien an anarchistische Langzeitgefangene

quelle: emrawi.org



Solifoto aus Wien für den 11. Juni!

Solidarische Grüße aus Wien anlässlich des 11. Juni, dem Internationalen Tag der Solidarität mit Marius Mason und anarchistischen Langzeitgefangenen. Gerade bei Langzeitgefangenen ist die Gefahr sehr groß, dass diese vergessen werden, vor allem jene, die mehrere Jahrzehnte im Knast verbringen müssen – Sie in unserer Erinnerung und in unseren Herzen zu behalten liegt in unserer Verantwortung.

Kein Vergeben, kein Vergessen!
Freiheit für alle Anarchist*innen!
Freiheit für alle Gefangenen!
Für eine Welt ohne Knäste und Grenzen!

PS: Solifotos, Postkarten und Briefe sind einfache Möglichkeiten die Gefangenen wissen zu lassen, dass wir an sie denken!

International Day of Solidarity with Marius Mason & All Long-Term Anarchist Prisoners

quelle: emrawi.org



Greetings from Salzburg on the eve of the International Day of Solidarity with Marius Mason & All Long-Term Anarchist Prisoners.

Freedom for all, fire to the prisons!
In solidarity, Salzburg anarchists

https://june11.noblogs.org

Unterstützt das Lesvos Mutual Aid and Solidarity Network

quelle: enough-is-enough14.org

Griechenland. Lesbos. Die Welt, wie wir sie bisher kannten, wird derzeit durch eine Pandemie neu gestaltet. Diese anhaltende Situation wird ausgenutzt, um bestehende Ungleichheiten zu verstärken, Formen der sozialen Kontrolle durch den Staat zu erhöhen, Grenzen zu schließen und Maßnahmen durchzusetzen, die sonst auf heftigen Widerstand gestoßen wären. Diejenigen, die schon vor der Pandemie am wenigsten hatten – Arme, ältere Menschen, Überlebende von häuslicher und geschlechtsspezifischer Gewalt, Obdachlose, Menschen mit Suchtproblemen und Migrant*innen – sind jetzt noch stärker gefährdet, da immer weniger unterstützende Strukturen noch funktionieren.

Vieles bleibt jedoch gleich: Geopolitische Interessen provozieren zwischenstaatliche Konflikte, deren Folgen auf dem Rücken der ohnehin schon am Rande stehenden Machtlosen landen.

Im Rahmen des Ausbruchs der Pandemie haben sich unsere Genoss*innen auf der ganzen Welt der Situation gestellt und gegenseitige Hilfsnetzwerke aufgebaut, um sicherzustellen, dass wir dies kollektiv überleben und gleichzeitig den Grundstein für eine radikal andere Zukunft legen können. Deshalb haben wir beschlossen, ein Netzwerk für gegenseitige Hilfe zu schaffen, um diejenigen zu unterstützen, die in Not sind, denn wir glauben an soziale Emanzipation und Selbstorganisation.

Wer wir sind

Wir sind ein Netzwerk von Genoss*innen und Freund*innen, die auf der griechischen Insel Lesbos aktiv sind, mit Verbindungen zu Kollektiven und Bewegungen, die den Globus umspannen. Wir arbeiten daran, Beziehungen zu den Menschen auf der Insel aufzubauen, dominante Normen/Hierarchien und die sozial konstruierten Grenzen zwischen unseren Gemeinschaften abzuschaffen.

Als Teil der breiteren antiautoritären Bewegung verurteilen wir jegliches faschistisches, sexistisches und rassistisches Verhalten. Wir arbeiten über unsere Vollversammlungen, in denen wir Themen diskutieren, kollektiv Entscheidungen treffen und Aktionen planen. Wir schaffen ein Umfeld, das auf gegenseitigem Respekt basiert, in dem sich jede(r) gleichberechtigt beteiligen kann, jede(r) nach ihren/seinen Fähigkeiten, jede(r) nach ihren/seinen Bedürfnissen. Unsere Aktionen können variieren, je nach den Bedürfnissen, die wir antreffen, und der Dynamik der Gruppe. Wir arbeiten nur mit anderen selbstorganisierten Strukturen zusammen, wie „Frauen im Solidaritätshaus", „No Border Kitchen", „Binio Squat" und anderen Personen, die vor Ort aktiv sind.
Als Anarchist*innen glauben wir an Solidarität, die von unten kommt und stehen Seite an Seite mit Menschen in Not, unabhängig davon, ob sie aus einem anderen Land kommen, ihrem Alter, ihrer Klasse, ihren Fähigkeiten, ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe oder ihrer Sexualität. Hier auf Lesbos beteiligen wir uns an mehreren Initiativen vor Ort, die alle auf den Prinzipien von Antirassismus, Antiautoritarismus, Selbstorganisation und gegenseitiger Hilfe beruhen und jeweils unterschiedliche Aspekte dieses gemeinsamen Kampfes angehen.

Was wir brauchen

Wir glauben, dass es notwendig ist, Netzwerke, die auf gegenseitiger Hilfe beruhen, zu stärken. Deshalb bitten wir euch um eure Unterstützung, damit wir das auch weiterhin tun können. Trotz der schwierigen Umstände ist es uns seit mehr als einem Jahr gelungen, bedürftige Einzelpersonen und Familien von verfolgten Geflüchteten, einheimischen Familien, Roma und Migrant*innen zu unterstützen.

Auf diese Weise arbeiten wir nicht nur (mit) an der Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Faschismus oder anderen Formen von Diskriminierung, die auf der Insel zu finden sind, sondern wir beteiligen uns auch an der langfristige Aufgabe, eine andere Art von Gesellschaft aufzubauen, in der das Stigma der Minderheiten beseitigt ist.

Ihr könnt das Lesvos Mutual Aid and Solidarity Network unter www.firefund.net/lmasn unterstützen.

[Deutschland] Zum Todestag von Ferhat Mayouf: Laut, wütend und offensiv gegen Knäste! Für die Freiheit, für das Leben!

quelle: criminalsforfreedom.noblogs.org



Für die Freiheit, für das Leben!

Am 23.07.20 wurde Ferhat Mayouf durch den Knast Moabit ermordet. Seine Zelle brannte, er schrie mehrere Minuten um Hilfe, doch die Schließer*innen öffneten die Zellentür nicht. Ferhat kam aus Algerien, war 36 Jahre alt und Person of Color. Die Justiz spricht von Suizid – aber wir wissen, das war Mord!

People of Color, Migrant*innen, migrantisierte und Schwarze Menschen werden täglich durch die Justiz und den Staat rassistisch schikaniert, unterdrückt, misshandelt, gefoltert oder ermordet. Sei es durch die Grenzpolitik, durch Bullen oder staatliche Institutionen wie Knäste. Auch Ferhat Mayouf war dieser Gewalt ausgeliefert. Festgenommen wurde er in Neukölln am 29.06.20 mithilfe eines Diebstahlvorwurfes. Er wurde in U-Haft verschleppt, weil er keine deutsche Staatsangehörigkeit hatte. Weil er Person of Color war, wurde er bei seiner Festnahme von den Bullen so sehr verprügelt, dass seine Rippen brachen.

Im Knast Moabit am 01.07.20 angekommen, bat er sofort um medizinische Hilfe. Er hatte Wunden, die er zeigte und beklagte sich über Schmerzen durch die Gewalt der Cops. Er forderte ebenfalls psychologische Hilfe und betonte, dass es ihm nicht gut geht. Anstatt ihn in ein Krankenhaus zu fahren, anstatt ihn medizinisch zu versorgen, entschied sich der Knast, Ferhat die rassistische Gewalt des Staates weiterhin spüren zu lassen. Er wurde in Isoaltionshaft gesteckt, Foltermethoden wie 24 Stunden durchgängig Licht in der Zelle wurden eingesetzt. Er wurde von Schließer*innen verprügelt, anschließend wieder mit sich allein gelassen.

„Es gab einen Tag, da veränderte sich Ferhat vom Wesen her", sagen Mitgefangene. „Es war der Tag, an dem die Schließer in seine Zelle gingen und raufhauten".

Die „Veränderung des Wesens" war der Justiz offensichtlich nicht genug. Es hat nicht gereicht, seinen Körper zu schänden, ihn zu misshandeln, seine Psyche zu zerschlagen. Als am 23.07 kurz nach 23 Uhr Ferhat Mayoufs Zelle brannte, standen die Schließer*innen „mehrere Minuten plaudernd vor der Tür". Während er immer wieder „Feuer Feuer, Hilfe Hilfe" schrie, während viele Gefangene riefen, dass es in einer Zelle brennt, währenddessen standen sie dort. Bis Ferhat an einer Rauchvergiftung starb.

Wäre Ferhat Mayouf weiß gewesen und hätte er eine deutsche Staatsangehörigkeit gehabt, wäre er nicht in U-Haft gelandet. Er wäre nicht von den Bullen verprügelt, nicht vom Knast misshandelt, gefoltert und ermordet worden. Seine Zellentür wäre geöffnet, er aus den Flammen befreit worden. Aber Ferhat Mayouf war eben nicht weiß und hatte keine deutsche Staatsangehörigkeit – in diesem Staat unwertes Leben, das vernichtet werden kann. Oder muss.

Morde wie diese sind keine Einzelfälle. Sie sind das Resultat eines rassistischen Staates, der seine Gewalt und Autorität auf der Straße, in den Gerichten und in (Abschiebe-) Knästen zeigt. Somit sind auch rassistische Polizeikontrollen und Festnahmen, Inhaftierungen, Abschiebungen, Misshandlungen und Morde keine tragischen Phänomene, welche durch eine humanere Politik oder Justiz verhindert werden können. Das Staatskonstrukt hat eine faschistische Tradition, welche die Logik der Herrschaft nicht nur in in sich trägt, sondern auch stetig mit repressiven Mitteln versucht, durchzusetzen.

Repression ist dabei sehr viel größer, als das, was Aktivist*innen zum Beispiel auf Demonstrationen erleben. Repression ist die permanente staatliche Gewalt, welche viele Menschen im Alltag erfahren müssen. Herrschenden Normen, welche niemals mit den Beherrschten frei vereinbart wurden, sollen aufgezwungen werden. Diese Normen haben kapitalistische, patriarchale und rassistische Komponenten.

Aus diesem Grund sind (Abschiebe)-Knäste auch nicht mit der Upper-Class gefüllt. Sie sind seit ihrer Existenz dafür da, um diejenigen, welche nicht in die herrschende Logik passen oder sich dieser widersetzen, mundtot zu machen. Dementsprechend sind sie ein repressives Mittel des Staates, um den Kapitalismus und die weiße Vormachstellung innerhalb der Gesellschaft zu zementieren.

Durch Isolation, Abschottung von der Außenwelt und Ausbeutung sollen Menschen gebrochen und der Autorität gegenüber handzahm gemacht werden. Die Ausgrenzung aus der Gesellschaft ist vollkommen, wenn Gefangene einfach ermordet werden.

Diese Gewalt darf nicht unbeantwortet bleiben. Wenn sie uns zum schweigen bringen wollen, wenn sie misshandeln, foltern und morden, muss unsere Antwort laut und wütend sein! Lasst uns deswegen am 23.07.21 zu Ferhats Todestag gemeinsam auf die Straße gehen und Ferhat Mayouf gedenken, indem wir weiterhin kämpfen. Lasst uns mit selbstbestimmten und offensiven Mitteln zeigen, was wir von ihrer Herrschaft und ihren Regeln, von denen nur wenige profitieren, halten!

Wir werden zunächst um 20 Uhr eine Gedenkkundgebung am U-Bahnhof Turmstraße abhalten, um dann gegen 21 Uhr gemeinsam, entschlossen, wütend und offensiv zum Knast zu gehen. Dort werden wir so laut sein, wie wir nur können, um uns solidarisch mit den Gefangenen zu zeigen und unsere Wut auf die Straße zu tragen. Bringt also Sachen mit, die ordentlich Krach machen und an welchen im besten Fall auch die Gefangenen eine Freude haben.

Bereitet euch auf den Tag vor, seid kreativ, wartet nicht darauf, dass andere ihre Wut zum Ausdruck bringen, sondern geht selbst in die Offensive und bringt widerständige Ideen mit. Über Vorfeldaktionen freuen sich die Gefangenen sicherlich auch.

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!
Für eine offensive Antwort auf ihre Gewalt!
Bis alle frei sind!

Route: Kleiner Tiergarten am U-Bahnhof Turmstraße – Turmstraße – Stromstraße – Perleberger Straße – Birkenstraße – Rathenower Straße – Alt-Moabit – Alt-Moabit Höhe U-Bahnhof Turmstraße





ANARCHIST DEFENCE FUND

neue website!!! afund.info

Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

[Deutschland] Thomas Meyer-Falk: Zum Fall von Martin E. und Nicole G. – aus Gefangenensicht!



Am 22.04.2021 begann in Stuttgart ein Strafprozess gegen Martin E. und Nicole G., denen vorgeworfen wird, Briefe u.a. mit Patronen an PolitikerInnen versandt zu haben.

Mittlerweile hat die Rote Hilfe e.V. bekannt gemacht, dass Martin E. zuvor unter anderem Namen in der Nazi-Szene unterwegs gewesen sei.

Prozessverhalten von Martin E. und Nicole G.

In einer zuvor als „politisch" angekündigten Erklärung vor Gericht letztlich Reue zu bekunden und das eigene Handeln zur bloßen „Provokation" zu erklären, inklusive des staatlicherseits immer gerne gehörten Topos, man sei ja gegen jede Form von Gewalt, mag dann dazu führen, dass das Gericht eine geringere Strafe auswirft. Es entpolitisiert zugleich auf krude Weise das eigene Leben. Noch am 20.03.2021 (vgl. Gefangenen Info 3/21, Seite 35) grüßt Martin E. „revolutionär", deutet aber schon an, wohin der Weg gehen würde, denn man habe ihm „ein Gespräch mit einer Ausstiegsstelle aufdrücken" wollen. Wieso das?

Laut RH war Martin E. zuvor in der Nazi-Szene aktiv

Den Recherchen der RH ist es zu verdanken, dass die Vergangenheit von Martin E. aufgedeckt worden ist. Nun ist es sicherlich sehr wünschenswert, wenn Menschen sich aus der Nazi-Szene lösen und ihre Liebe zu einer emanzipatorischen politischen Bewegung entdecken, aber dann müssten sie offen damit umgehen. Offenbar hatte E. an einem Aussteigerprogramm teilgenommen, deshalb wohl auch sein eigener Hinweis vom 20.03.2021, es sei ihm ein solches Gespräch versucht worden in Stammheim aufzudrücken.

Einmal Aussteiger – immer Aussteiger?!

Jedenfalls beobachtet der Verfassungsschutz Baden-Württemberg sehr genau die Reaktionen der linken Szene auf das Prozessverhalten von Martin E. und Nicole G.

Es bleibt ein bitterer Nachgeschmack

Die beiden erfuhren einiges an Solidarität, moralisch, politisch, materiell. Und das ist erstmal auch richtig so, denn alle AktivistInnen müssen darauf vertrauen können, dass sie im Falle der Verhaftung unterstützt werden.

Niemand ist davor sicher, einem geschickten Aussteiger wie Martin E. aufzusitzen.

Es ist deshalb ebenso konsequent, sämtliche Solidarität zu beenden und auch die ganzen Hintergründe offenbar zu machen.

Was bleibt ist ein galliger Nachgeschmack und vielleicht auch die Sorge mancher, was Martin E. und eventuell auch Nicole G. im Zuge der Verständigungsgespräche mit dem Gericht berichten werden. Nicht in der öffentlichen Verhandlung, sondern wenn LKA, VS und Staatsschutz ihnen gegenüber sitzen.

In der Nachbereitung der Geschehnisse ist sicherlich noch zu klären, ob es im Vorfeld schon subtile Anzeichen gegeben haben könnte.

Aber Anlass für ein generelles Misstrauen sollte dieser Fall, so ärgerlich er auch ist, nicht sein, denn ein buntes, vielfältiges Leben braucht Vertrauen, auch wenn dieses von Zeit zu Zeit erschüttert werden mag.

Thomas Meyer-Falk
z.Zt. JVA (SV)
Herman-Herder-Str. 8
D-79104 Freiburg
Deutschland

https://freedomforthomas.wordpress.com



für eine Welt ohne Knast und Staat

[Österreich] Alle Feminist:innen sind Räuber:innen – Urteil: Doch kein Raub!

quelle: https://at.rechtsinfokollektiv.org/



Am 17.10.2020 wurden zwei Personen festgenommen und mehrere Stunden im PAZ (Polizei Anhalte Zentrum) Roßauerlände festgehalten. Die Festnahmen erfolgten im Zuge von Protesten gegen eine Versammlung von christlich-fundamentalistischen Abtreibungsgegner:innen. Einer der beiden Festgenommen wurde ein Mobiltelefon weggenommen und erst Ende Dezember vom LVT (Landesamt für Verfassungsschutz und Terrorismus)Wien wieder ausgehändigt. Was der Zweck der Wegnahme war und was der LVT über zwei Monate mit dem Handy machte, ist nicht bekannt, eine Begründung blieb der LVT schuldig. Das Verwaltungsgericht Wien erklärte die Wegnahme des Telefons jedoch für rechtswidrig.

Die Polizei warf den Festgenommen erst versuchten Raub vor. Dabei handelt es sich um ein Delikt mit besonders hoher Strafdrohung (Mindeststrafe: 1 Jahr, Höchststrafe: 10 Jahre). Der Vorwurf war aus juristischer Sicht absurd und so ordnete der Journalstaatsanwalt die sofortige Enthaftung an und leitete Ermittlungen wegen Nötigung, bzw. Körperverletzung (Höchststrafe: 1 Jahr) ein. Das schien den LVT jedoch wenig zu interessieren, den Abschlussbericht verfasste er wieder wegen „Raubes", was auch die nächste Staatsanwältin aufgriff. So hatten die beiden Feminist:innen Anfang Juni 2021 eine Verhandlung vor einem Schöffengericht.

Vorgeworfen wurde ihnen, dass sie auf der Kundgebung das Fahrrad einer bekannten Pro-Choice-Gegnerin rauben wollten. Eine der Angeklagten wurde rechtskräftig freigesprochen, dass Schöffengericht kam zu dem Schluss, dass sie sich zum Zeitpunkt des Geschehens an einem anderen Ort befand. Die zweite Angeklagte wurde implizit wegen des Vorwurfs des Raubes freigesprochen und bekam eine Diversion wegen Nötigung.

Das Verfahren zeigt mal wieder, wie leicht eine Person bei der Teilnahme einer Versammlung, auch wenn sie gänzlich unbeteiligt ist, mit Repression konfrontiert sein kann. Dass der LVT mittlerweile mal wieder versucht, Delikte mit besonders hohen Strafdrohungen – auch wenn dies juristisch nicht vertretbar ist – der Staatsanwaltschaft schmackhaft zu machen, erscheint besonders bedrohlich.

Es wird noch Geld für die Finanzierung der Rechtsanwält:innen benötigt. Bitte spendet daher an:

Rote Hilfe Wien, IBAN: AT46 6000 0103 1036 9883 mit dem Betreff „Räuberinnen".

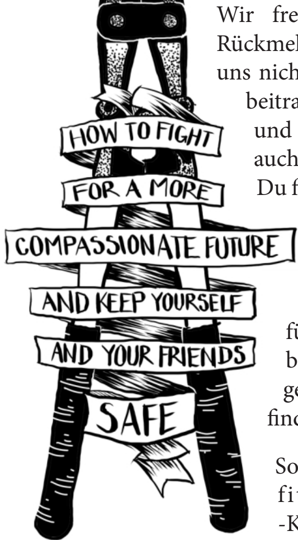
Trotz Freisprüchen bleibt es dabei: Alle Feminist:innen sind Räuber:innen, denn wir rauben euch das Patriarchat!

Es ist soweit, das neue Wiki zu digitaler Sicherheit ist endlich da.

quelle: emrawi.org

Du findest es unter: fit-fuer-aktion.wiki

Hier findest du niederschwellige Infos, Anleitungen und Überzeugungstexte, wie du und deine Aktivist:innengruppe sicher und verantwortungsvoll mit deinen Daten und deiner Kommunikation umgehen kannst.



Wir freuen uns sehr über Rückmeldungen. Wir freuen uns nicht nur, wenn du etwas beitragen willst – das Wiki und die Bewegung sind auch darauf angewiesen. Du findest etwas hilfreich? Etwas ist falsch? Ein Text benötigt ein Update? Du willst einen Text für das Wiki schreiben? Kontaktier uns gerne, unseren Kontakt findest du im Wiki.

Solidarische Grüße,
fit-fuer-aktion.wiki -Kollektiv

[Deutschland] Dannenröder Wald: Ella zu 27 Monaten Haft veruteilt & Brief von Ella

quelle: abc wien & freethemall.blackblogs.org



„Ella" oder „UP1", die seit November in U-Haft saß, und nach wie vor ihre Identität geheim hält wurde am 23. Juni zu 27 Monaten Haft verurteilt. Wegen Widerstands, tätlichen Angriffs und schwerer Körperverletzung.

Die aussagenden, vermummten und anonymen Bullen haben sich widersprochen und entlastendes Videomaterial wurde ignoriert.

Es gibt auch Einschätzungen wonach die Schwere auch mit Verweigerung der Personalien zusammenhängt!

Erfreulicherweise gab es schon zahlreiche Soli-Aktionen auch auf internationaler Ebene!

Freiheit für Ella!
Freiheit für alle Gefangenen!

Um der Person zu schreiben:
Wichtig: Mensch spricht nur Spanisch und Englisch.
von der Person bevorzugtes Pronomen: neutral

JVA Preungesheim
JVA 3 z.H. UWP Eins
Obere Kreuzäckerstraße 4
60435 Frankfurt am Main
Deutschland

Weitere Infos findet ihr unter:
https://freethemall.blackblogs.org

Brief von Ella:

JVA Frankfurt, 21. Juni '21

Heute ist der 207. Tag, meiner Untersuchungshaft. Ich bin von den Menschen und Orten, die ich liebe, getrennt worden, was eine Art von Folter ist, die niemandem hilft. Wie kann mensch sagen, dass die Praxis des Einsperrens von Menschen wirklich gerecht ist, während die Situation, die eine Person dorthin gebracht hat, nicht wirklich berücksichtigt wird? Menschen im Gefängnis sind zu sehr eingeschränkt, werden bestraft und fühlen sich zu bestraft, um ihre Herzen für Versöhnung zu öffnen. Jedes Mal, wenn Metall auf Metall schlägt, wenn ein*e Gefangene*r eingesperrt ist, werden sie mit Hass eingesperrt, ihrem eigenen und dem der Welt. Wie können wir erwarten, dass sich die Gesellschaft auf diese Weise weiterentwickelt?

Das Gefängnis ist ein Mikrokosmos für das gesamte System, das meiner Meinung nach nicht funktioniert. Die Verbrechensraten sinken nicht. Die Rate der Wiederholungstäter*innen, so wurde mir gesagt, liegt bei bis zu 80%. In meiner Zeit im Frankfurter Gefängnis habe ich selbst erlebt, wie 4 Menschen entlassen wurden, nur um Wochen später wiederzukommen, ohne dass sie die nötige Hilfe erhalten haben. Dennoch habe ich den Bau der Gefängniserweiterung und den Wahnsinn der Machthaber beobachtet, die das gleiche grausame, repressive Ding machen. Versuchen sie überhaupt, andere Ergebnisse zu erzielen? Ich glaube, dass wir in kommenden Generationen auf diese Praxis der Bestrafung zurückblicken werden, so wie diese Generation auf die Zeiten der Sklaverei zurückblickt, mit Entsetzen über den Mangel an Menschlichkeit.

Wenn ich ein Plädoyer für meine Freiheit halte, dann wünsche ich mir nicht nur meine eigene Freiheit. Ich wünsche sie mir für alle Menschen, die in den Gefängnissen gefangen sind, und dass sie die Hilfe bekommen, die sie brauchen. Ich wünsche mir die Freiheit auch für alle, die in diesem Makrokosmos eines sozioökonomischen Systems feststecken, das die Natur zu "Waren" & die Gemeinschaft zu "Dienstleistungen" macht. Und die das Gefühl haben, dass die Gaben, die sie in diese Welt gebracht haben, um des finanziellen Profits willen auf traurige Weise missbraucht werden. Ich möchte, dass wir alle frei sind von diesem unglückseligen System der Kontrolle. Frei sind, um die Qualitäten von Solidarität, gegenseitiger Hilfe und Autonomie zu erleben, die Ganzheit und Vitalität schaffen und zeigen, dass wahre Gerechtigkeit gelebt wird. Das Gefängnis an sich hilft mich nicht, aber es macht mich ungeheuer traurig. Meine wirkliche Angst ist, dass die Welt nicht von dem Schaden aufwacht, den sie sich selbst antut. Dass sie diese systemischen Probleme weiterhin ignoriert, leugnet und zurückweist. Meine Befürchtung ist, dass die Welt weiter auf ihren eigenen egoistischen Pfaden wandelt und sich von der Wahrheit abwendet, um ihre eigene Rechtschaffenheit zu untermauern. Meine wirkliche Angst ist, dass wir die größeren Angelegenheiten des Lebens auf der Erde aus den Augen verlieren, während wir in dieser Politik der Ablenkung & Angst verwickelt sind, dass wir die Angelegenheit der Zugehörigkeit zu unserer natürlichen Umwelt und ihrer Zugehörigkeit zu jedem einzelnen von uns aus den Augen verlieren. Und in dieser Zugehörigkeit liegt die Pflicht zur Fürsorge in Form von Schutz und Wiederherstellung, die nicht in dem Maße erfolgt, wie es nötig wäre, um unsere natürliche Welt davor zu bewahren, noch tiefer in die schwere und unumkehrbare Degradation zu fallen, die jeden Tag geschieht, während wir dasitzen und uns mit hirnlosen Anschuldigungen beschäftigen.

Apropos hirnlose Anschuldigungen, lasst uns einen Bericht aus der Alsfelder Allgemeinen vom 16. Juni hören, der eine der vielen fragwürdigen Aussagen der Polizei zitiert:

"Ich dachte, es ist so wie die Tage zuvor. Die Aktivisten denken, ok, wir hatten unseren Spaß und alle wollen wieder sicher vom Baum runter."

Spaß, ich glaube, die Übersetzung für "Spaß" ist "fun". Die Menschen im Dannenröder Wald und in den Wäldern in ganz Deutschland sind immer wieder auf die Bäume gestiegen, aber glauben sie, dass die Angst vor der Repression durch die Polizei für sie Spaß ist?

Allein in einer Gefängniszelle zu sitzen, mit dem Geräusch von Kettensägen, den Schreien von Freund*innen und dem Anblick von umstürzenden Bäumen und Tausenden von Polizisten, die dich vielleicht verprügeln wollen, ist vielleicht Spaß?

Was ist mit all den Menschen, deren Sicherungsseile von der Polizei durchtrennt wurden und die meterhoch zu Boden fielen? Was ist mit der Person, die mit Wirbelsäulenverletzungen ins Krankenhaus eingeliefert wurde? Wie viel Spaß hat ihre Genesung gemacht?

Wie lustig ist es, dass so viele meiner Generation unter dem leiden, was als "Öko-Trauer" und "Öko-Angst" bekannt geworden ist, da es mit jedem Tag, mit jeder Woche Berichte gibt, die zeigen, wie schlimm die Situation unserer planetarischen Gesundheit wirklich ist? Erst kürzlich wurde bekannt, dass das Eis des Polarkreises bis 2035 komplett verschwunden sein könnte, da die Erwärmung sowohl unter dem Schelfeis als auch von oben und den umgebenden Strömungen stattfindet. Wenn meine Generation die bevorstehenden Gefahren dieser Ereignisse sieht und die demokratisch gewählten Führer, die sich weigern und vorgeben, viel dagegen zu tun, stattdessen aber sich sogar dafür entscheiden, die Gefahren zu beschleunigen, indem sie solch einen rücksichtslosen Ökozid zulassen, kann ich Ihnen sagen, dass die Trauer über das, was wir verlieren, und die Angst vor dem, was kommen könnte, kein Spaß ist.

Ich hatte jeden Tag die Möglichkeit, meine Identität abzugeben und aus dem Gefängnis zu kommen, aber leider ist das Privileg der Sicherheit in der Anonymität für die unteren Klassen nicht so leicht zu erreichen wie für die Polizei. Und so habe ich mich mit den Konsequenzen auseinandergesetzt, anonym und sicher bleiben zu wollen in einer Welt des Aktivismus, die Repressionen riskiert, während ich an echten kriminalistischen Ermittlungen arbeite, diejenigen zu stoppen, die täglich Angriffe auf die Ökosphäre verüben.

Bestrafung, Drohungen und Bloßstellung erhöhen nicht die Sicherheit. Das gegenseitige Verstehen der besten Interessen, das Leben in und Handeln aus der gleichen Realität, tut es. Diese Sicherheit und dieser Kampf um den Erhalt unserer schönen und gesunden natürlichen Welt ist das, was ich über meine eigene Freiheit stelle. Diese besten Interessen sind meine eigenen und die von vielen der Aktivist*innen. Sie sind immer noch in den Bäumen und immer noch auf den Straßen und wollen, dass die Behörden von der gleichen Realität ausgehen und handeln. Wir wollen den Ökozid beenden und die Repression beenden.

Wir laden dich ein, dich uns anzuschließen.



In eigener Sache & Termine mit/von/ohne ABC W:
23. - 30.08.2021 Woche der Solidarität mit anarchistischen Gefangenen

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
https://www.abc-wien.net/

[Deutschland] RAZ, RL, Radikal – Prozessberichte & Kritik an der (fehlenden) Solidarität

quellen: Prozessberichte von panopticon.blackblogs.org
Kritik von criminalsforfreedom.noblogs.org

Prozessbericht vom ersten Verhandlungstag

Der Auftakt im RAZ-RL-radikal-Prozess gegen unseren Gefährten begann unter strengen Sicherheitsmaßnahmen am 08.06.2021 um 13 Uhr vor dem Landgericht in Berlin Moabit mit dem 1. von bisher insgesamt 21 angesetzten Gerichtsterminen. Vor dem Eingang zum Gerichtsgebäude in der Wilsnacker Str. fand ab 12 Uhr eine Kundgebung in Solidarität mit dem Angeklagten statt, an der sich ca. 40 Menschen beteiligten.

Die Zuhörerinnen und Zuhörer wurden beim Betreten des Gerichtsgebäudes von den Justizbullen durchsucht, nichts durfte mit rein, auch Bleistift und Papier mussten abgegeben werden mit dem Hinweis, im Saal würden Stifte und Papier zur Verfügung gestellt werden. Als der dritte Mensch sich der Durchsuchung unterzog, kam ein Anruf an die Bullen, worauf es hieß, es gäbe nicht genug Stifte und Papier und die mitgebrachten Schreibutensilien wurden wieder ausgehändigt. Um ca.13:15 Uhr wurden die Zuhörerinnen und Zuhörer vom Wartebereich, in dem es im Übrigen keine funktionierenden Toiletten gab, in den Sitzungssaal gelassen.

Der vorsitzende Richter begann mit der Aufnahme der Personalien des Angeklagten und bat den Staatsanwalt um Verlesung der Anklageschrift, dies wurde jedoch von den beiden Rechtsanwälten des Angeklagten durch die Vorlegung eines Antrags bezüglich der angeordneten sitzungspolizeilichen Maßnahmen verhindert. Dabei wurde zunächst geklärt, dass die Erhöhung der Anzahl der zuhörenden Menschen, die zum Prozess zugelassen wurden, von 10 auf 15 auf eine Saaländerung zurückzuführen sei. Dann führten die Rechtsanwälte in ihrem Antrag aus, dass die gerichtliche Anordnung vom 05.05.21 rechtswidrig sei, da es keine Gründe für die Maßnahmen gäbe und sie von dem Angeklagten als ein Ausdruck des Misstrauens gegenüber ihm und der Anwaltschaft verstanden werden und der Öffentlichkeit und der Presse eine Gefährlichkeit unseres Gefährten suggeriere, für die es keine Grundlage gäbe. Des Weiteren wurde im Antrag auf die Beschränkung der Zuhörendenzahl eingegangen und auf die Praxis des Kopierens der Lichtbildausweise der Zuhörenden beim Betreten des Gebäudes, was angeblich der schnellen Identifizierung von Störern dienen solle. Es sei zweifelhaft, dass diese Kopien nach Schluss der Sitzung tatsächlich vernichtet werden, eine Identifizierung von Störern sei auch auf anderem Wege möglich und auch sei es völlig unklar wie und wer diese Kopien anfertigt und wie diese dann in den Sitzungssaal gelangen. Der Anwaltschaft seien durchaus Fälle bekannt, in denen solche angefertigten Kopien von Besucherinnen und Besuchern bei Prozessen in die Hände des Staatsschutzes gelangten. Ergänzend wurde sich ebenfalls erkundigt, nach welchen Kriterien denn die Auswahl der Pressevertreter erfolgt sei, deren Anzahl durch die Anordnung auf fünf begrenzt wurde und von denen sich wohl einige nun in dem für die Zuhörenden vorgesehenen Bereich des Sitzungssaales befinden.

Der vorsitzende Richter beantwortete zunächst die Frage nach der Auswahl der Pressevertreter, diese sei nach dem Kriterium des zeitlichen Erscheinens der Vertreter erfolgt, also nach dem Prinzip wer zuerst kommt, malt zuerst. Des Weiteren seien die Wachtmeister für das Kopieren der Lichtbildausweise zuständig und der Staatsschutz habe kein Interesse an den Ausweiskopien. Der Staatsanwalt Zündorf, der durch seine undeutliche und teilweise schwer verständliche Sprechweise auffiel, erklärte den Antrag der Rechtsanwälte für nicht statthaft, die Anordnungen seien aus seiner Sicht angemessen. Inzwischen war es ca. 13:40 Uhr und es wurde eine Pause von 15 Minuten angeordnet.

Um ca. 14 Uhr wurde die Sitzung fortgesetzt. Der vorsitzende Richter verkündete den Beschluss, dass die angeordneten Maßnahmen angemessen seien und sich die Gefahrenlage aus der Anklage ergäbe, die den Angeklagten als Linksextremisten ausweise, die Öffentlichkeit des Prozesses sei nicht eingeschränkt, die Begrenzung der zugelassenen Zuhörenden pandemiebedingt und die Anwälte in ihrer Arbeit nicht betroffen. Was die Kopien der Ausweise betrifft, sei eine andere Art der Identifikation etwaiger Störer zu langwierig. Drei Wachtmeister seien beim Kopieren anwesend und nur ein Satz Kopien würden der Protokollführerin übergeben. Daraufhin beantragten die Rechtsanwälte eine Pause von einer Stunde und 15 Minuten, um sich mit ihrem Mandanten beraten und einen unaufschiebbaren Antrag stellen zu können sowie der Richterschaft Zeit zu geben den Beschluss in schriftlicher Form anzufertigen, damit dieser den Anwälten übergeben werden kann. Der vorsitzende Richter gab der Unterbrechung der Sitzung statt und die Zuhörenden wurden um 14:10 Uhr aus dem Gerichtssaal entlassen.

Um 15:45 Uhr wurde die Sitzung dann fortgesetzt und die Rechtsanwälte stellten einen Antrag, in welchem sie erklärten, dass sie die Richterschaft wegen der Besorgnis der Befangenheit ablehnen. Diese Befangenheitsbesorgnis ergäbe sich aus den angeordneten Sicherheitsverfügungen. Konkret gehe es um die angeordnete Untersuchung des Angeklagten auf gefährliche Gegenstände, die zweimal erfolge, einmal beim Betreten des Gerichtsgebäudes ein weiteres mal beim Betreten des Sitzungssaales. Die Richter haben den ersten Antrag bezüglich der sitzungspolizeilichen Maßnahmen abgelehnt, obwohl sich selbst in der Anklageschrift keine Anhaltspunkte dafür finden lassen, dass von dem Angeklagten eine Gefahr für Leib und Leben anderer Menschen ausgehe. Auch bei den Gruppierungen, deren vermutliche Mitgliedschaft ihm die Anklage unterstellt, wobei eine tatsächliche Existenz eben dieser Gruppen auch in Zweifel gezogen werden könne, sei nicht von einer solchen Gefahr auszugehen. Des Weiteren lägen die Anklagepunkte bereits zehn Jahre zurück, der Angeklagte ist in diesem Zeitraum nicht auffällig geworden und auch nicht vorbelastet. Die Richter würden durch die Anordnungen folglich die Richtigkeit der Anklagepunkte unterstellen und die Gefahrenprognose unterstreiche diese Befangenheit. Nachdem der vorsitzende Richter erklärte, dass eine Stellungnahme zu diesem Befangenheitsantrag zu einem späteren Zeitpunkt erfolge, wurde die Hauptverhandlung fortgesetzt. Die Anwälte erkundigten sich, ob der Richter vorsehe, dass geladene Zeugen während ihrer Aussagen die ganze Zeit ein Maske tragen müssten. Dies wurde bejaht, worauf die Anwälte darauf hinwiesen, dass dies dazu führe, dass die Mimik der Zeugen während der Aussagen nicht ausreichend erkennbar sei. Der vorsitzende Richter erklärte, er werde darüber nachdenken, inwieweit es unter den Bedingungen der Pandemie möglich sei, die Zeugen unmaskiert aussagen zu lassen. Dann wiesen die Anwälte darauf hin, dass ihnen zu Ohren gekommen sei, dass es keine Toiletten für die Zuhörenden gäbe und ob dies den Tatsachen entspreche. Auf Nachfrage des vorsitzenden Richters erklärte ein Justizbulle, dass die Toiletten aus ihm unbekannten Gründen nicht benutzbar seien und die Besucher, wenn sie die Toilette aufsuchen wollen, das Gebäude zunächst verlassen über einen anderen Eingang wieder betreten müssten, wobei dort wieder eine Durchsuchung stattfindet (was er nicht erwähnte), die dortigen Toiletten benutzen, das Gebäude verlassen und über den gewohnten Eingang wieder betreten (erneute Durchsuchung) könnten. Nun stellten die Rechtsanwälte einen Antrag wegen eines unaufhebbaren Verfahrenshindernisses. Hierbei ging es um Zeugen, die im Verlaufe des Prozesses vorgeladen werden sollen, welche bereits im mg-Verfahren ausgesagt haben. Bei diesem Prozess wurden Akten durch das BKA zurückgehalten und zwar ging es dabei um einen in der Zeitschrift Interim veröffentlichten Artikel mit dem Titel „Quo vadis mg“ verfasst von den „Zwei aus der Muppetshow“. Hierzu gab es einen Sachstandsbericht des BKA mit dem Vermerk nur für die Handakte aus dem hervorging, dass dieser Artikel vom BKA verfasst wurde und einer der nun ebenfalls geladenen Zeugen als Verfasser bekannt ist. Dieser Zeuge log beim mg-Prozess als er aussagte, dass ihm einzelne Autoren nicht bekannt und auch konkret die „Zwei aus der Muppetshow“ unbekannt seien. Das BKA führte also beim mg-Prozess zwei Akten und es ist unbekannt, ob es nicht noch weitere Undercoveraktionen des BKA gab. Somit stelle sich die Frage, ob diese Praxis auch jetzt in diesem Verfahren umgesetzt wird, ob die Akten vollständig sind oder ob es noch weitere BKA-interne Papiere gibt. Deshalb fordere die Verteidigung die Einstellung des Verfahrens. Der Staatsanwalt erklärte er werde dazu jetzt keine Stellungnahme abgeben, diese erfolge später. Der vorsitzende Richter versprach eine zeitnahe Entscheidung über diesen Antrag.

Nun stellten die Rechtsanwälte erneut einen Antrag die Hauptverhandlung auszusetzen, da die Akten, die den Anwälten zur Verfügung gestellt wurden, offensichtlich unvollständig seien. Ein Vermerk der Anklage, weist darauf hin, dass die insgesamt 149 Bände bzw. Akten zum Verfahren nicht neu geordnet oder strukturiert worden seien, allerdings wurden der Verteidigung nur 139 digitale Ordner übergeben, da keine Umstrukturierung stattgefunden hat, fehlen den Anwälten sechs Ordner und vier Sonderhefte. Somit habe die Verteidigung keine vollständige Akteneinsicht erhalten. Der Staatsanwalt äußerte sich dahingehend, dass er nicht wisse, welche Akten zur Verfügung gestellt wurden, er habe sich noch nicht damit befasst. Eine Pause von 15 Minuten wurde anberaumt.

Um ca. 16:25 Uhr wurde die Verhandlung fortgesetzt, der vorsitzende Richter erklärte er wisse im Moment nicht genau wie viele Akten es gäbe, vielleicht habe sich ja auch jemand verzählt, er werde sie auf jeden Fall zählen eventuell direkt im Anschluss an die Sitzung. Weiters sei der Inhalt der möglicherweise fehlenden Akten unklar, sollten der Verteidigung tatsächlich Akten fehlen und diese für den Prozess von Wichtigkeit sein, könnten bereits geladene Zeugen ja auch erneut geladen und befragt werden, nachdem die Verteidigung Einsicht in die fehlenden Akten erhalten habe. Aus diesen Gründen wird der Antrag vom Gericht zurückgestellt. Daraufhin brachte die Verteidigung einen Antrag ein, dass die drei in der Anklageschrift genannten Schadenssummen nicht verlesen werden sollen. Hierbei handele es sich um falsche Fakten, bezüglich des Anschlags auf das Haus der Wirtschaft werde die Bruttosumme anstatt der Nettosumme genannt, ebenso beim Anschlag auf das Gebäude der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, wobei hier noch hinzukomme, dass die Berechnung der Schadenssumme den Unterschied zwischen Neu- und Zeitwert außer Acht lasse, und im dritten Falle, beim Anschlag auf das Amtsgericht, sei die Grundlage nur ein Telefongespräch mit einem Mitarbeiter, so dass auch in diesem Fall mindestens von einer Verwechslung von Brutto -und Nettowert auszugehen sei. Als Erwiderung fordert der Staatsanwalt nuschelnd und für die Zuhörenden kaum verständlich die Fortführung der Hauptverhandlung und die Verlesung der Anklageschrift ohne Korrektur. Erneut zehn Minuten Pause.

Um 16:40 wurde die Verhandlung fortgesetzt mit dem richterlichen Beschluss, dass der Antrag zurückgewiesen werde, die Feststellung der konkreten Schadenssummen obliege der Beweisaufnahme. Die Rechtsanwälte wiesen nochmal daraufhin, dass die Nennung von unzutreffenden Fakten in der Anklage, ein Fehler sei, der bei der Staatsanwaltschaft liege, dann verlas der Staatsanwalt die Anklageschrift. Im Anschluss wurde vom vorsitzenden Richter gefragt, ob es Verständigungsversuche gegeben habe, was der Staatsanwalt verneinte und der Angeklagte wurde darüber belehrt, dass es ihm frei stehe sich zur Anklage zu äußern oder nicht, woraufhin die Verteidiger erklärten, dass sie sich dazu nicht äußern können, solange nicht die Frage nach der Vollständigkeit der Akteneinsicht geklärt sei. Damit endete der erste Sitzungstag.

Prozessbericht vom zweiten Verhandlungstag

Am 17.06. begann um 9:10 Uhr vor dem Landgericht in Berlin-Moabit der zweite Verhandlungstag gegen unseren Freund und Gefährten Cem unter den gleichen Sicherheitsmaßnahmen wie beim letzten Prozesstag. Der Zuhörerbereich war mit ca. 14 Zuhörenden besetzt, eine Vertreterin der Presse war ebenfalls anwesend. Der vorsitzende Richter begann die Verhandlung mit der Verkündung des Beschlusses, dass der Antrag der Verteidigung bezüglich der fehlenden Akten zum Prozess – es handelt sich um zehn Ordner mit einem Umfang von ca. 2000 Seiten – zurückgewiesen wird. Hierzu stellten die Rechtsanwälte einen Antrag, in dem sie forderten, dass die Verhandlung bis zum übernächsten Prozesstermin unterbrochen werden soll, um der Verteidigung genug Zeit zur Durchsicht der nun aufgetauchten Akten zu geben, die sie erst am letzten Dienstag erhalten haben. Nach einer zehnminütigen Pause wies das Gericht diesen Antrag zurück mit der Begründung, dass das Verfahren ja noch lang genug dauere, so dass sich die Anwälte in die nun zugänglichen Akten einarbeiten und Zeugen erneut befragt werden könnten und die Akten ohnehin von geringer Relevanz seien. Des Weiteren handele es sich bei der Übergabe von digitalisierten Akten an die Rechtsanwälte um einen Service von Seiten des Gerichts, die Überprüfung auf Vollständigkeit müsse von den Anwälten ausgehen. In Bezug auf die fehlenden Akten merkten die Rechtsanwälte an, dass die Entscheidung von Relevanz oder Irrelevanz der Akten nicht dem Richter obliege, sondern von den Anwälten zu prüfen sei. Im Anschluss verkündete der vorsitzende Richter die Zurückweisung des Einstellungsantrages aufgrund nicht vollständiger Akteneinsicht, da sich daraus keine andere Verfahrenslage ergeben habe und die Frage, ob ein Verfahrensverstoß vorliege, werde in der Schlussberatung geklärt.

Im weiteren Verlauf des Verhandlungstages wurden dann sechs Zeugen zum vermeintlichen Brandanschlag auf das Haus der Wirtschaft am 4. Februar 2010 geladen, ein Mitarbeiter der Hausverwaltung, ein Feuerwehrmann und vier Bullen. Es wurden Fragen zu den entstandenen Schäden an der Fassade, den Fenstern, der Tür und des Kühlaggregats sowie der angeblichen Zusammenstellung des Brandsatzes versucht zu klären und ob sich Menschen zu irgendeinem Zeitpunkt im Gebäude und somit in Gefahr befanden. Es befand sich zur Tatzeit niemand im Gebäude, was auch alle Zeugen bestätigten. Zusätzlich ging es um den an der Fassade hinterlassenen Schriftzug, das Akronym RAZ und Hammer und Sichel sowie den Fund mindestens einer Ausgabe der klandestinen Zeitschrift radikal. Zu diesen Beispielen wurden die Zeugen nach dem Fundort, der Stückzahl, wer es gefunden hat, wie es als Beweisstück gesichert wurde – im Falle der radikal – und wie frisch der Schriftzug war, befragt. Bei dem verwendeten Brandsatz soll es sich um Gaskartuschen gehandelt haben, auch hier wurde nach Stückzahl, Fundort, Form bzw. Aussehen (denn es war auch die Rede von Spraydosen) und Art der Beweissicherung gefragt. Abgesehen vom Feuerwehrmann konnte sich kein Zeuge an die Tat oder die Ermittlungen am Tatort erinnern, deshalb wurden ihnen allen zur Auffrischung ihrer Erinnerung Fotos vom Tatort gezeigt, die bei den damaligen Ermittlungen entstanden sind. Die Bullen haben zur Vorbereitung auf den Prozess ihre eigenen Berichte erneut gelesen, nachdem sie diese vom Richter zugeschickt bekommen haben, was sich im Verlauf des Prozesstages offenbarte. Dieses Vorgehen der Richterschaft wurden von den Anwälte beanstandet, da es dafür keine Rechtsgrundlage gäbe, denn „die gerichtliche Vorbereitung eines polizeilichen Zeugen ist eine Chimäre“. Einer der Anwälte begründete dies auch, weil somit die Annahme unterstrichen werden würde, dass Bullen immer die Wahrheit sagen würden. Auf wiederholte Nachfrage gab der Richter zu, dass es zu diesem Vorgehen auch keinen Aktenvermerk gegeben hat, und er habe kein Unrechtsbewusstsein diesbezüglich. Die Anwälte betonten, dass der Angeklagte durch den Verlauf des Prozesses im Nachteil stehen würde und erwähnten die Möglichkeit der Einbringung eines Befangenheitsantrages gegen den Richter, der sagte, dass dieser Antrag erst beim nächsten eingebracht werden sollte. Damit endete der zweite Verhandlungstag gegen 14 Uhr.

Prozessbericht vom dritten Verhandlungstag

Etwa 15 solidarische Personen kamen am 24.06. zum Gerichtsgebäude in Berlin Moabit um den dritten Verhandlungstag gegen unseren Freund und Gefährten zu verfolgen. Nachdem die ersten Personen die unverändert strengen Sicherheitsmaßnahmen über sich ergehen haben lassen, hieß es das heute nur zehn Zuhörer und Zuhörerinnen zugelassen seien, da die Verhandlung in einem anderen, kleineren Saal stattfinde als bei den vorherigen Terminen. Die nächste Mitteilung war dann, dass der heutige Verhandlungstag wegen eines Coronafalles (positives Testergebnis vermutlich bei einem Mitglied der Richterschaft) ausfalle. Damit endete der dritte Verhandlungstag bevor er überhaupt beginnen konnte.

Wir wissen nicht ob in Zukunft der Prozess nur noch im kleineren Saal stattfinden wird, für alle solidarische Personen, sowie für den Angeklagten, wird dies zusätzlich ein Problem sein, weil somit die Unterstützung weiter eingeschränkt wird.

RAZ/RL/radikal Komplex – Solidarität?

Enttäuscht blicken wir auf den 08.06.21 zurück: um 13 Uhr startete der Prozess gegen Cem, angeklagt im Kontext des RAZ/RL/radikal Komplex. Ab 12 Uhr gab es vor dem Gericht eine Kundgebung – diese wurde im Zeitraum von 12-16 Uhr von maximal 30-40 Teilnehmer*innen besucht.

Cem soll als Mitglied der Revolutionären Aktionszellen (RAZ) / revolutionäre Linke (RL) an der Durchführung von Aktionen gegen das Haus der Wirtschaft, die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und das Amtsgericht Wedding beteiligt gewesen sein.

Damals wurde mithilfe des §129 („Bildung einer kriminellen Vereinigung“) neun Beschuldigten vorgeworfen, die RAZ und die RL gebildet und an Ausgaben der Zeitschrift „radikal“ mitgearbeitet zu haben. Dass in diesem Zusammenhang ermittelt wurde, ist seit dem 22. Mai 2013 bekannt gewesen. An diesem Tag fanden insg. 21 Hausdurchsuchungen in Berlin, Stuttgart und Magdeburg statt.

Die im September 2018 verschickte Anklageschrift an Cem richtete sich nur noch gegen ihn, Ermittlungsverfahren gegen andere Personen wurden eingestellt. Bereits eine Trennung der Ermittlungsverfahren 2016 ließ vermuten, dass eine Anklage wegen §129 nicht haltbar sein würde und so lautet nun der Vorwurf Brandstiftung in drei Fällen. Mithilfe des §129 wurde aber über einen langen Zeitraum so gut wie jegliche erreichbare Kommunikation der Verdächtigen ausgespäht, ihr Verhalten beobachtet, gefilmt und es wurde versucht, verdeckt DNA–Material zu erhalten. Damit unterscheidet sich dieser 129er wenig von vielen anderen. Der Paragraph wird dazu genutzt, mit einem extrem hohen Überwachungsaufwand Personen auszuspähen und in Strukturen zu schnüffeln, um möglichst viel über sie herauszufinden. Diese Schnüffeleien betreffen oft allumfassend das Leben der Betroffenen, deren Freund*innen und deren Umfelder. Daher stellt jedes 129er Verfahren einen Angriff auf uns alle da.

Welche Folgen diese Form der Repression haben kann, zeigt der Tod von der damals Mitbeschuldigten Alex: sie nahm sich, auch in Folge des ausgelösten massiven psychischen Druck, das Leben.

Unseres Eindrucks nach herrscht darüber kollektives Schweigen. Dieser Eindruck setzt sich in unserer Beobachtung des Nichtverhaltens unserer Strukturen, z.B. im Ausdruck der geringen Kundgebungsteilnehmer*innenzahl am 08.06.21, fort.

Deswegen stellen wir an dieser Stelle bewusst die Frage: Was braucht es für eine linke Szene, um sich solidarisch zu zeigen? Diese Frage ist tatsächlich ernst gemeint. Im Dezember 2020 veröffentlichten wir eine Kritik über den Umgang mit Repression innerhalb unserer Strukturen – an der Kritik hat sich bis heute nichts geändert. Auch derweil sprießen wieder neue 129er aus dem Boden, wie zum Beispiel der um Berlin/Athen oder der aus Leipzig. Wenn unsere Antwort auf ihre Repression derartig schweigsam ist, sollten wir uns in unseren Strukturen die obige Frage stellen und an ihrer Antwort arbeiten. Braucht es mehr öffentliche Wahrnehmung? Emanzipatorische Strukturen und Freundschaften? Braucht es starke Umfelder für Betroffene, welche den Druck eines solches Verfahrens mittragen können? Was müssen wir tun, um das zu erreichen? …

In Anbetracht des von uns wenig wahrgenommenen Interesses für dieses Verfahren und deren Folgen, wäre es unserer Meinung nach wichtig, sich eben diese und auch viele weitere Fragen zu stellen. Nicht nur, weil wir uns auch in Zukunft mit ähnlichen Verfahren auseinandersetzen müssen. Sondern vor allem auch, weil sich der Tod von Alex nicht wiederholen darf. Dafür tragen wir alle die Verantwortung.

Redet also darüber, sprecht offen über Ängste, Sorgen, Gedanken und Emotionen innerhalb eurer vertrauten Kreise. Der offensive Angriff gegen ihre Repression beginnt mit einem offenen, ehrlichen Dialog zwischen uns und sollte in Verständnis, Unterstützung, Kritik, Austausch, Diskussionen und Solidarität münden.

Solidarität mit Cem! Solidariät mit allen 129er!
Erinnern heißt kämpfen – für Alex und alle durch Repression Ermordeteten!

Infos zum Verfahren und zum Hintergrund:
http://soligruppe.no129.info

Infos zum Prozess und Prozessberichte:
https://panopticon.blackblogs.org/prozess-raz-rl-radikal/

[Deutschland] Gerichtsverfahren zur Räumung der Liebig 34 & Communique zum Angriff auf das Amtsgericht Lübeck

quelle: schwarzerpfeil.de & enough-is-enough14.org



Berlin. 2 Genoss*innen vor Gericht wegen der Liebig34 Räumung!

Fast 9 Monate ist es jetzt her, dass wir aus unserem Haus geräumt wurden mit aller Macht, die der Staatsapparat auffahren kann.
Über 50 Menschen wurden gewaltsam aus unserem Haus gebracht- 2 von ihnen müssen jetzt vor Gericht. Der 9. Oktober 2020 – ein Tag den wir mit Schmerz und Wut in Erinnerung haben.

Politisch Verantwortlich ist Andreas Geisel -der Innensenator der Verdrängung. Im 2 Monats Takt lässt er linke und selbstverwaltete Projekte Räumen, schiebt Menschen ab aber ist natürlich empört über Nazis. Wenn man aber alle Räume räumen lässt, die Orte des Zusammenschlusses auch gegen rechte Gewalt sind, wer soll sich denn dann eigentlich noch aktiv gegen Rechts organisieren? Und wo? Diese Organisation wird umso wichtiger bei all den rechten Bullen Chatgruppen die nacheinander auffliegen und sicherlich nur die Spitze des eisbergs innerhalb dieser zutiefst rassisitischen und reaktionären Institution darstellen.

Dass wir zudem am Tag der Räumung noch im Berufungsverfahren waren, ein anderer Verein als der beklagte Verein das Haus gemietet hatte und es mitten in einer Pandemie war- das sind nur zusätzliche Gründe diesen „Rechtsstaat“ und seine Gehilf_innen nicht ernst nehmen zu können. Die Räumung der Liebig 34 hat dadurch viele Menschen politisiert und radikalisiert.

Und nicht nur Räumungen stehen beim rot rot grünen Berliner Senat auf der Tagesordnung auch Feministische Kämpfe werden grade mit Repression überzogen. Wie die Genoss_innen, die sich gegen die Fundis und ihre ewig gestrige Abtreibungspolitik engagieren. Verfahrenseinstellungen werden in diesem Zusammenhang immer öfter an Bedingungen, wie Reue geknüpft. What the fuck?! Wir bereuen nichts, weder im Kampf gegen Fundis, noch im Kampf gegen Nazis und schon gar nicht für unser Haus und die Ideen dahinter gekämpft zu haben.

Wir brauchen linke Orte und wir werden sie weiter verteidigen, egal mit wie viel Repression ihr uns droht. Der Köpi Wagenplatz und die Rigaer 94 stehen als nächstes auf Geisel's Liste – wir stehen geschloßen hinter diesen Projekten und lassen uns nicht einschüchtern!

Solidarische Grüße an alle von Repression Betroffenen und Gefangenen, besonders an Lina nach Leipzig.
Niemand bleibt allein!
Liebig 34 never RIP!

Communique zum Angriff auf das Amtsgericht Lübeck

Das Anarcha-queerfeministische Hausprojekt Liebig34 war während der Zeit des eigenen Bestehens etwas einzigartiges und unvergleichbares. Die Liebig34 war ein Ort, der den patriarchalen und cis-normativen Strukturen die unsere Gesellschaft durchziehen den Kampf angesagt hat.
Bei der Liebig ging es um weit mehr als die üblichen Themen wie Gentrifizierung und Verdrängung, die bei Hausbesetzungen aufgegriffen werden. Allzu häufig kommt es vor, dass in selbsternannten Freiräumen sich Macker und Sexist*innen breit machen und diese Orte somit ebenfalls keine Freiräume für Flinta*s werden.

Die Liebig war ein unangefochtener Gegenpol zu diesen Tendenzen. Bis zu ihrer Räumung im letzten Jahr war sie ein Ort für Subversion, Kampf, Auflehnung aber auch für Schutz, Träume und Selbstentfaltung. All dieses Potenzial wurde durch Profitgier und Herrschaftsanspruch des „Eigentümers“, des Staates sowie den Berliner Behörden und ihren Schergen, der Bullerei, zunichte gemacht. All das Wunderbare, was die Liebig zu bieten hatte wollte man überziehen mit einem Mantel aus Lügen, Beschämung und Degradierung seitens der Presse, diverser Parteien, den Bullen und etlichen Faschos, welche glauben durch die Räumung einen Sieg verbucht zu haben.

Jetzt soll die Schikane weiter gehen, indem die Besetzer*innen ab September vor die Berliner Justiz gezerrt werden sollen. In diesem Angriff auf den örtlichen Ableger des Justizsystems bringen wir unsere Wut zum Ausdruck. Unsere Wut darüber, dass unserer Realität eines weiteren einzigartigen Freiraums beraubt wurde und darüber, dass die Menschen, die diesen Raum mit Leben gefüllt und verteidigt haben dafür auch noch bestraft werden sollen.

Wir scheißen auf ihre Justiz, denn mit Gerechtigkeit hat sie nichts zu tun. Sie legitimiert sich nur durch die Herrschenden und dient nur dazu die Konstrukte von Macht und Unterdrückung zu festigen.

Vor allem ist dieser Angriff aber auch eine Botschaft an die Gefährt*innen, die jetzt vor Gericht müssen. Ihr seid nicht allein! Unsere Solidarität habt ihr immer, seid euch gewiss, dass eure Kämpfe von uns und vielen anderen an allen Orten weiter gefochten werden. Lasst euch nicht von ihrer Schikane unterkriegen.

Die Träume und Ideen der Leibig34 leben in uns weiter und beflügeln uns zu neuen Angriffen auf die Macht.

FEUER UND FLAMME DER JUSTIZ!
LIEBIG34 LEBT!

[Griechenland] Vier der Moria 6 zu 10 Jahren Haft verurteilt! (gekürzt)

quelle: abcdd.org

Nach dem Brand im Lager Moria wurden am 12.06. vier jugendliche Geflüchtete auf Chios wegen “Brandstiftung mit Gefährdung von Menschenleben” trotz Minderjährigkeit zu 10 Jahren Gefängnishaft verurteilt. Zwei der insgesamt sechs Angeklagten waren bereits im März vor dem Jugendgericht in Lesbos verurteilt worden. Nach dem heutigen Urteil kritisieren internationale Prozessbeobachter:innen den Mangel an Beweisen und sprechen von einem unfairen Verfahren, bei dem die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Vor dem Gerichtsgebäude zeigten dutzende Menschen ihre Solidarität mit den Angeklagten.
Trotz des Fehlens eindeutiger Beweise für die Beteiligung der vier Angeklagten an den mehrfachen Bränden, wurden sie nach einem zweitägigen Prozess schuldig gesprochen.

Es waren nur 15 Personen im Gerichtsaal zugelassen; Öffentlichkeit, Jourrnalist:innen und angereiste juristische Prozessbeobachter:innen wurden ausgeschlossen.

Die insgesamt sechs Angeklagten waren von vornherein als Schuldige präsentiert worden. So hatte auch der Minister für Migration und Asyl, Notis Mitarakis, bereits am 16. September 2020 in einem Interview mit CNN erklärt: “Das Lager wurde von sechs afghanischen Flüchtlingen angezündet, die verhaftet worden sind.”

Aber keiner der 15 Belastungs-Zeug:innen, die vor Gericht ausgesagt haben, hatte die Angeklagten in der angeblichen Tatnacht gesehen. Das Gericht stützte sich einzig auf die schriftliche Aussage eines nicht mehr auffindbaren Zeugens, der die Angeklagten gesehen haben will, wie sie in der ersten Brandnacht im Camp Moria Feuer gelegt hätten. Seine Aussage ist jedoch voller Widersprüche. So legten die Anwält:innen zum Beispiel dar, dass der „abwesende Hauptzeuge“ nur gängige Vornamen von Personen aus dem Lager benannt hatte, auf deren Grundlage die Polizei sechs Personen festnahm. Diesbezüglich erklärte die Verteidigerin Natasha Dailiani: “Der einzige Zeuge, der die Angeklagten identifiziert hat, hat sich dem Gericht nicht gestellt. Seine schriftliche Zeugenaussage war voller Ungereimtheiten.”

Dennoch entschieden die drei Richter und vier Schöff:innen einstimmig, dass die Angeklagten der Brandstiftung mit Gefährdung von Menschenleben in Verbindung zur Zerstörung von Privateigentum schuldig seien. Die vier Beschuldigten saßen bis zum Prozess bereits neun Monate in Untersuchungshaft. Trotz der vorliegenden Dokumente, die die Minderjährigkeit von drei der Angeklagten belegten, wurden sie nicht als solche anerkannt. Der gestrige Antrag ihrer Anwält:innen den Prozess vor dem Jugendgericht zu verhandeln wurde abgelehnt. Die beiden offiziell als Minderjährige anerkannte Angeklagten waren bereits im März 2021 vom Jugendgericht auf Lesbos zu fünf Jahren Haft verurteilt worden; schon damals hatten Beobachter_innen von einem unfairen Prozess gesprochen.

Verteidigerin Effie Doussi erklärt: “Wir werden alle Rechtsmittel ausschöpfen, damit die Beschuldigten einen fairen Prozess bekommen und ein klares Urteil, dass die Beschuldigten Menschen unschuldig sind.”

Für alle, die für Gerechtigkeit und gegen Rassismus kämpfen, ist der heutige Tag eine schwere Niederlage. Die Verurteilung der vier Jugendlichen ist ein weiteres schockierendes Beispiel, wie Menschen auf der Flucht kriminalisiert werden, um von der Verantwortung derer abzulenken, die die Existenz eines Lagers wie „Moria“ überhaupt erst möglich machen.

Weitere Informationen und Kontakte:
Mail: freethemoria6@riseup.net
Blog: https://freethemoria6.noblogs.org/

Die Rigaer lebt – eine Nachricht an unsere Freund*innen und Gefährt*innen

quelle: emrawi.org



Eine Kurzmitteilung an all unsere Freund*Innen.

Danke für jede Unterstützung in den letzten Wochen. Besonders für die letzten 2 Tage, bei der Vorbereitung und im kollektiven Kampf gegen unseren gemeinsamen Feind. Es waren die intensivsten Tage des Kampfes, die wir uns hätten vorstellen können. Tage die die Pläne von Staat und Kapital in eine Katastrophe verwandelt haben. Eine wichtige Erinnerung an uns selbst, unser Kollektiv und unsere Unterstützer*innen, wie wichtig unsere Netzwerke, unsere solidarische Infrastruktur und Selbstorganisation sind.
Mit der Verteidigung der Nachbarinnenschaft gegen den Aufbau der roten Zone angefangen haben wir die richtigen Schlüsse aus den Aggressionen von Staat und Immobilienwirtschaft gegen die Menschen, die in dieser Stadt leben, gezogen. Die Errichtung von Gefahrengebieten und Roten Zonen, in denen die Menschen zu einfachen Zielen für die Bullen werden um eine Atmosphäre der Isolation und Angst zu erschaffen, ist zur Normalität in dieser Stadt der Reichen geworden. In den letzten Jahren gab es viele Momente, an denen wir, auf die der Staat zielte, dazu verdammt waren in beinahe stillem Protest an den Hamburger Gittern zu stehen, bewacht von einer militarisierten Polizei. Wir erinnern uns an die Räumung der Ohlauer Schule in Kreuzberg, die Räumung des Kiezladens Friedel54 und all der anderen Projekte wie Syndikat, Meuterei und unsere Nachbarinnen der Liebig34. Dies kann nicht mehr toleriert werden – die Menschen müssen sich erheben!

Mit der nötigen Konsequenz haben wir es daher alle zusammen über 48 Stunden geschafft, lokal und dezentral offensiv auf die Straße zu gehen und unsere Strukturen und Ideen militant zu verteidigen und Druck auf unsere Feinde aufzubauen, bevor sie überhaupt ihre repressive Operation starten konnten. Wir haben uns dazu entschieden nicht darauf zu warten, dass die Lakaien des Staates wieder eine Zone aufbauen, in der sie ohne probleme autonome Strukturen und rebellische Nachbar*innenschaften ins Visier nehmen können. Darum wurde eine autonome Zone um die Rigaer 94 zu einer Stunde errichtet, in der die Cops sie nicht erwartet hätten. Die Straßen wurden zusammen mit vielen Menschen abgeriegelt und eine lange Zeit wurden die Barrikaden mit den Mitteln der autonomen Bewegung verteidigt. Bis zum Einsatz von von schwerem technischen Gerät, einem Räumpanzer und zwei Wasserwerfern waren die Cops nicht in der Lage in unsere Straße einzubrechen. Lasst uns diese Ereignisse als einen Vorschlag an alle Menschen in und außerhalb der Metropole verstehen, die anstehenden Angriffe zu beantworten. Nicht nur gegen die Rigaer 94, sondern auch gegen die Köpi, alle bedrohten Projekte und unsere Ideen, sowie jede staatliche Attacke und seine bloße Präsenz.

Aber der staatliche und kapitalistische Krieg sind noch nicht vorbei. Nicht nur werden sie einmal mehr versuchen die Rigaer 94 anzugreifen, sondern auch jede einzelne Struktur und jedes Individuum, die alltägliche gegen diese erstickte Gesellschaft kämpfen. Wir sollten uns weiter organisieren und unsere solidarischen Netzwerke ausweiten. Wir rufen dazu auf die Kämpfe nicht nur im Nordkiez zu intensivieren und die Kontinuität dieser rebellischen Nachbarschaft zu stärken, sondern auch dezentral in jeder Ecke dieser Stadt.

Lasst uns alle zusammen weiter gegen die Stadt der Reichen kämpfen. Bis jeder Plan von Staat und Kapital zu Asche wird!

Freund*innen und Gefährt*innen der Rigaer 94

Der anarchistische Gefangene John Paul Wootton

quelle: june11.org, übersetzung abc wien



Meine Geschichte ist wohl alles andere als gewöhnlich. Sie beginnt als Teenager, noch keine 18 Jahre alt und wütend über die sozioökonomischen Bedingungen in meiner Community.

Da ich in irisch-republikanischen Arbeiter*innenvierteln aufwuchs, war es unvermeidlich, dass ich dieser Ideologie und Propaganda intensiv ausgesetzt war. Es hieß, dass alle Missstände in der irischen Gesellschaft auf die Einmischung des britischen Staates zurückgeführt werden könnten und nur ein unabhängiger sozialistischer Staat eine Lösung bieten könne. Der Geschichte, der Romantik und der bereits starken Präsenz in der Community konnte ich nur schwer widerstehen. Ich hatte meine Antwort gefunden.

Da ich jung und unerfahren war, war meine Beteiligung und Einbindung eher nebensächlich. Es lief auf nicht viel mehr als auf die Teilnahme an Straßenprotesten und das Verteilen von Propaganda hinaus. Wie unbedeutend meine Rolle auch sein mochte, der Staat betrachtete mich mit Argwohn. Ich hatte es gewagt, seinen Status quo herauszufordern; ich war nun ein legitimes Ziel.

Am 9. März 2008 überfiel die Continuity Irish Republican Army (CIRA) einen Konvoi des Police Service of Northern Ireland (PSNI) und tötete Constable Steven Carroll. Daraufhin schlug der Staat zu: Razzien und eine Reihe von Verhaftungen. Ich wurde 14 Tage lang festgehalten und verhört, bevor ich ins Gefängnis verfrachtet wurde. Ich wurde schließlich in einem Schauprozess ohne Geschworene für die Beteiligung an dem Angriff verurteilt und erhielt eine lebenslange Haftstrafe mit einem Mindeststrafmaß von 18 Jahren im Gefängnis. Ich war damals 17 Jahre alt und hatte keinerlei Beteiligung an den Ereignissen jener Nacht. Der Staat brauchte einen Sieg gegen bewaffnete Republikaner*innen und da passte ich als Sündenbock gut ins Bild.

Während meiner Zeit im Gefängnis war mein Platz natürlich unter anderen inhaftierten republikanischen Aktivisten. Im Laufe der Jahre kämpften wir gemeinsam im Gefängnis, ertrugen harte Bedingungen und Brutalität, um uns als politische Gefangene zu behaupten und unsere Lebensqualität zu verbessern. Wir hatten einige Erfolge, aber es wurden bestimmte taktische Entscheidungen getroffen, die, neben internen Schwierigkeiten, meiner Meinung nach den Fortschritt untergraben haben.

Im Laufe der Jahre des Kampfes reifte meine politische Einstellung und mein Verständnis von Begriffen wie Freiheit und Herrschaft vertiefte sich. Ich begann zu erkennen, dass der Republikanismus eine sehr enge Sicht auf die Welt und eine fest verwurzelte autoritäre Kultur innehatte. Ich wurde davon überzeugt, dass jeder unabhängige irische Staat, ob sozialistisch oder nicht, genauso schädlich wäre wie der britische Staat.

Also, nach etwa 7 Jahren Leben als republikanischer Gefangener, begann ich, mich mit dem republikanischen Etikett unwohl zu fühlen. Ich vertiefte mich in mehr libertäre Ideen und schlussendlich in den Anarchismus.

Um meinen neuen Werten gerecht zu werden, verließ ich den Komfort der republikanischen Community und trat in die „normale“ Gefangenenpopulation ein. Dies war eine schwierige Entscheidung, da ich nicht nur eine Ideologie und Kultur zurückließ, mit der ich nun grundsätzlich nicht mehr einverstanden war, sondern auch gute Freund*innen und Genoss*innen.

Jetzt bin ich seit einigen Jahren in der allgemeinen Gefängnispopulation und bin stolz darauf, anderen, die in unserer Gesellschaft unterdrückt werden, die Ideen des Anarchismus näherzubringen und Gemeinschaft, Solidarität und gegenseitige Hilfe zu propagieren/vermitteln/fördern.

Ich versuche weiterhin alles, um positive Veränderungen zu fördern. Ich fordere meine andauernde Inhaftierung heraus und wehre mich gegen den Staat und verschiedene Formen der Herrschaft. Mit der Unterstützung meiner Familie, der Solidarität anderer Aktivist*innen und der gegenseitigen Hilfe meiner Mitgefangenen bin ich in der Lage, voranzuschreiten und mich den repressiven Maßnahmen des Staates entgegenzustellen. Ich werde nicht zulassen, dass sie mich brechen und werde weiterhin auf meine Weise kämpfen.

John Paul Wootton
Davis E3
Maghaberry Prison
BT28 2PT
Northern Ireland/UK